

Volkswacht

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Redaktion und Expedition:
Danzig, Paradiesgasse 32.
Telephon: Redaktion 3795
Expedition 3290

Nr. 173

Mittwoch, den 30. Juli 1919

10. Jahrgang

Die Kriegsverlängerer am Pranger.

Die Vergeltung nimmt ihren Lauf. Noch vor wenigen Wochen glaubten die Deutschnationalen, die Nachfolger der Konservativen und Altpreußen, auf ihrem Parteitag den „gottverfluchten und verdammten Republik“ den Kampf bis aufs Messer ansetzen zu können. Sie glaubten, daß das Volk ihre Sünden in den Wirnissen der Revolution vergessen habe und daß sie sich als die künftigen Retter aus dem Elend unserer Tage in Erwählung bringen könnten. So nahmen sie denn ihre Offiziere im Meer immer mehr Provokationen heraus, so trieb der pommerische Landbund, diese junckerliche Vereinigung durch seine reaktionäre Politik es schließlich bis zum Generalstreik der Arbeiter zu treiben. Und so wachte denn der Krautunker von Gröbe in der Nationalversammlung gegen die Volksregierung zu Felde an. Aber der Erzherzog war anders, als die Herren ihn sich gedachten. In der Nationalversammlung hat er sich nicht wie ein Knecht auf die Deutschnationalen. Über diese Leute haben eine ächte Natur. Sofort haben ihre Helfer Helfer auf und eröffneten eine neue Deke gegen den verhassten Erzherzog. Graf Bedel, Michaelis, Ludendorff und Helfferich verführten Erzherzog als einen unehrlichen Politiker macht die Schimpfkanone auf Erzherzog mit. Wir Sozialdemokraten haben durchaus keine Veranlassung, Erzherzog für einen politischen Heiligen zu erklären. Aber den Haß der Altpreußen zu und Konservativen hat er wirklich recht verdient. Und das kann er sich zur als Ehre anrechnen.

man Dokument. Die Regierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassendem Ausmaß vorbereitet ist; die den allerersten Tagen der Veröffentlichung unterbreitet den schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzhaft und folgenschwer sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. Göttsch (Dem.): Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr, auf die sich die republikanische Staatsform, (Mittelpunkt der Mehrheit des Volkes) noch nicht gegen die sehen, daß damals

die Schuld und die Fehler der Monarchie noch nicht offenbar geworden waren. (Sehr richtig!) Unbestreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone Mangel an Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten vermisst, mehr gefürchtet, als vorbereitet. Er hat sich nicht auf die Seite der Republikler geschlagen. (Sehr richtig!) Die Mittelungen Erzherzogs über die Papstnote haben wohl alle erfüllt. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note teilt hat, (Schleunigst bekanntgegeben werde. Daß der Geheimnisvollbericht keinen Eindruck gemacht hat, ist ein Zeugnis vollständiger politischer Urteilslosigkeit. Die Beendigung des Krieges im Jahre 1917 hätte uns 500 000—600 000 unserer besten Söhne gespart. Es kommt hinzu, daß nicht im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war durch den Präsidenten Wilson. Auch die Mehrheit des Reichstages trägt hier eine Mitschuld. Im Haus der Abgeordneten ist auf Antrag Gröbes beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg als rein militärische Frage allein durch die militärischen Machthaber vorzunehmen.

Abg. Müller: Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruchs sind im Druck.

Prinz Max von Baden wollte die Friedensvermittlung nicht sofort unter dem Druck des militärischen Zusammenbruchs in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bedeutsame Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob diese sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedenssaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und der rein politischen Teile in den baltischen Provinzen führen könnte. Die Oberste Heeresleitung erklärte, auf ihrer Forderung der sofortigen Heeresmitteilung des politischen Angebotes bestehen zu bleiben. (Hört, hört!) Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstand.

Das Schreiben des Mantius Parelli ist am 5. September in Berlin eingetroffen.

Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. In dem darauf vom Minister vorgelegenen Schreiben heißt es: „Unserer Ansicht nach befreit keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näher zu kommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Kriegsgewalt bewahrt werden könnte. (Hört, hört!) Ich will hinanzentralmächte sehr im Unrecht zu sein — in uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekanntzugeben, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder anzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. (Hört, hört!) Weder von Deutschland, noch von Deutschland ist jemals eine solche äquivalente Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Vereinbarung zu bringen, erweist sich so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen.“

Was diesem Schreiben geht zu: Evident hervor, daß die beifällige Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Freierlei stelle ich fest:

1. Daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Rolle Vuccellis von einem englischen Angebot nichts mitgeteilt hat. 2. Daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisieren Erklärung über Belgien versprochen wurde und 3. Daß die Antwort Michaelis gegen das Gegenteil einer deutlichen präzisieren Erklärung war.

Wismar hätte es niemals dahin kommen lassen, daß sich Generale so in die Politik einmischen könnten, wie es in diesem Kriege geschah ist. Dabei hatte er es mit Männern zu tun, die weit über Ludendorff standen. Die hier die Kräfte Deutschlands von Deutschland bis Mecklenburg verstreut und verpöbelte, so darf kein wahrer Staatsmann handeln. (Beifall.) Ludendorff ist nicht ein bis der größte Verderber gewesen. (Ludendorff) lebhafter Beifall in der Versammlung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dr. nat.): Erzherzogs Ausführungen über die Friedensangebote stehen im schärfsten Widerspruch mit den bestimmten Erklärungen der belgischen Staatsmänner, daß niemals ein Friedensangebot an Deutschland erfolgt ist. Beschloß hat Erzherzog nicht schon damals offenermaßen gesprochen, wenn er sah, daß das Vaterland in Gefahr war? Erzherzog hatte die Fäden in seinem Hand, hatte Kenntnis von den Dingen und konnte nichts. Er ist zuletzt befragt, anderen Vorschläge zu machen.

Ministerpräsident Bauer: Die deutschnationale Volkspartei versucht schon seit Wochen der Reichsregierung und den Mehrheitssozialisten die Schuld an dem Zusammenbrüche zuzuschreiben. Unter dem Deckmantel dieser Lügenkampagne hat Erzherzog den geheimen Notenwechsel bekanntgegeben. Darauf haben Ludendorff und Michaelis Erklärungen abgegeben. Ich gebe Ihnen zwei Niederschriften aus jenen Tagen bekannt, die eine vom 12. September 1917, also vier Tage nach dem Kronrat von Herrn Hindenburg gerichtet, die zweite vom 15. September eine Denkschrift Ludendorffs beiliegend. Wenn Sie diese beiden Schriftstücke zur Kenntnis genommen haben, werden Sie verstehen, warum auf eine präzisieren Anfrage bezüglich der Wiederherstellung Belgiens keine präzisieren Antwort erfolgen konnte. 1917 an Hindenburg:

„Ich nehme als Forderung der Obersten Heeresleitung, an denen unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie beide zum Schutze unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und die Sicherungsgelände fordern, daß Sie beide von dem wirklichen engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens einen Zustand erhoffen, der den Belgieren in Zukunft aus rein egoistischen wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheinen lassen wird, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, so daß daher, wenn für Belgien alles getan wurde, was die Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses von uns erfordert wird, — was natürlich mehrere Jahre nach der militärischen Sicherung fortfallen kann. Lüttich v. p. würden daher nur als Sicherheitsfaktor oder auf Zeit gefordert werden.“

In der Antwort Hindenburgs vom 15. Sept. heißt es: „Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Bedauern auf die standrechtliche Rüge als schwerer Schlag der Marine zugehenden Kompensationen zur diese Kompensationen in Stützpunkten in den außereuropäischen Kolonialreichen. Zu zwei Punkten darf ich noch einfügen: Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien aus nach Friedensschluß nicht gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. Heber die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Heeresleitung in Lüttich wirken. Sie hat als Hauptzweck der unmittelbaren militärischen Schutz des niederländisch-belgischen Industriegebietes. Nur wenn wir in Lüttich als Wehrer unbedingte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und verhältnismäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.“

Und das nennt Michaelis maßvolle Kriegsziele (Schiedsgericht) rears, ungelimter Kern links. Aufier „Und Ludendorff wußte hiervon nichts.“ Und schließlich die entscheidende Stelle aus der Ludendorffs Briefe, die eine eigenartige Beleuchtung für die im Kronrat beschlossene Normel auf Belgien gibt. Was die standrechtliche Rüge für Lüttich die Maßlinie bei Lüttich in nach erhöhtem Maß für des Industriegebietes. Wir müssen das bei in beiden Seiten des Meas und Nordwärts bis St. Vast in der Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einschiebung durch das deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Der Vorschlag der Maßlinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisches beland-schwarzes Heer nach weiler zurückziehen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich an uns in eine geschlossene wird, daß es nicht einen politischen Anlauf an uns macht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — letztere Schritte — und zu legen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Standpunkt, mit dem praktisch nicht mehr gerechnet werden kann.“

Nach diesen wenigen Proben aber sollten Sie sich (nach rechts) gefestigt sein lassen. Wir sind in der dem Kampf bereit, wir haben nichts zu verlieren. Wir wollen nicht, daß das neue Deutschland mit der alten Schuld belastet wird. Der Staatsgerichtshof wird über Schuld und Maßstab an demselben Punkte entscheiden. (Zuschauer Beifall links, rechts.)

zu verschieben wegen ihres schlechten Gewissens. Wer trägt die Schuld an dem völligen Manco aller Friedensvorarbeiten? Graf Bethan und die Konservativen, die rechtschreibende Presse, die rechtschreibenden Parteien und die Vaterlandspartei. (Beifall.) Die Regierung wollte in der Mitte, (Lärm rechts.) nichts zugehen, und so war ein Frieden unmöglich. Eine konfuse Regierung, wie damals im Jahre 1917, hat es niemals gegeben.

Der Redner bespricht dann das Schreiben des Mantius und erklärt, daß er den Inhalt des Schreibens nicht gekannt habe. Die Rechte trieb damals ein verwerfliches Doppelspiel. Wenn Michaelis behauptet, ich wäre einer Indiskretion fähig, so ist das die letzte Ausflucht eines Schwerverschuldigten. Die Vaterlandspartei hat damals erklärt, der Verständigungsfrieden werde Deutschland rüsten gegen jeden, der von Verständigung zu sprechen wagte. Ist eine maßlose Hebe entsetzt. (Beifall) Beifall links und im Zentrum, (Lärm rechts.)

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun wendet sich gegen Angriffe der Rechten. (Lärm) Gegen nebensächliche Verleumdungen und Beschreibungen gekämpft. Sie kommen von deutschen Leuten, die jahrelang das deutsche Volk angefohlen haben. (Lärm rechts.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Dienstag 10 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Beratung.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Am Sonnabend fand in Amsterdam die erste öffentliche Sitzung der Vorkonferenz des Internationalen Gewerkschaftskongresses statt. Den Vorsitz führte der Vorsitzende der niederländischen Gewerkschaftsvereinigung. Zur Beratung kamen die Vertreter des Berner Bureaus und der zeitweiligen Bureaus von Amsterdam und Paris. Ein Ausschuss aus Antwerpen (Lüttich), Damsin (Frankreich) und Zürich (Schweiz) soll die finanzielle Politik des Berner Bureaus unteruchen.

In der Vorkonferenz, an der die Vertreter Amerikas, Englands, Deutschlands, Belgiens, Hollands, Schwedens, Spaniens, der Schweiz, Frankreichs und Österreichs teilnahmen, war der belgische Vertreter der deutschen Gewerkschaften und ihren Führern sehr stark vor, sich während des Krieges nicht gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter die Wirtschaftslage der belgischen Industrie-materials gewandt zu haben. Bauer, der Abgeordnete der Deutschen, der nach Brüssel gekommen ist, habe erklärt, daß er nichts dagegen machen könne. Der Sprecher forderte, daß die Deutschen, bevor die Belgier mit ihnen zusammen einer Organisation beitreten, sich als Solidarität mit ihrer Regierung betonen und ihr Widerstand über das verübte Verbrechen, den Morden in Belgien, ausdrücken. Auch die österreichischen Gewerkschaften erklärte der belgische Abgeordnete für schuldig.

Der Ausschuss wurde im Namen der deutschen Gewerkschaftsverbände folgende Entschädigung überreicht: Die deutschen Gewerkschaften haben nichts anerkannt, daß Deutschland mit Bezug auf Belgien sich schuldig gemacht hat. Sie haben unter der Kriegsgewalt belagerten, die während der deutschen Besetzung Belgiens begangen wurden, verurteilt. Die Verantwortung der belgischen Arbeiter geschah nicht im Zusammenhang der belgischen Arbeiter, sondern während des Krieges möglich war, haben wir sie bestraft. Die Haltung der belgischen Arbeiterklasse bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges war durch die Lage Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe, und daß dies in Deutschland allgemein erkannt wurde. Die belgische Arbeiterklasse hat sich nicht von der Regierung abgewandt und hat während des Krieges die gleiche Haltung eingenommen. Die deutsche Arbeiterklasse war kein Gegner des Krieges und hat niemals den unproletarischen Behauptungen der Regierung zugehört. Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was jetzt bekannt ist, bekannt gewesen wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung abgewandt und betrogen worden wäre, dann wäre die Haltung der deutschen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung gewagt hätte, dann hätte sie am besten verfahren, den Frieden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Wir müssen anerkennen, daß die Arbeiter anderer Länder mehrere unserer Forderungen während des Krieges nicht billigen oder verhehlen können. Diese Forderung wurde Deutschland jedoch durch den harten Kampf, den das deutsche Volk durchmachen hatte, abgewiesen. Aber, wo uns die Wahrheit vor Augen tritt, ist es klar, daß viele Dinge, die wir in vollr Heberzeugung waren, nicht getan werden wären. Alles, was wir getan haben, haben wir mit der vollen Heberzeugung getan, daß das Recht auf Seiten des deutschen Volkes stand. Zu Beginn des Krieges haben wir gewagt,

ein niederschmetternder Gerichtsstand für die ehemaligen Machthaber. Jetzt ist der Friede geschlossen und wir können ohne Befürchtungen die schwebenden Diplomatenstränge öffnen. Und die Veröffentlichungen, die die Minister Bauer und Müller der Nationalversammlung boten, waren neues lauderes Beweismaterial für die Michaelis und Ludendorff. Besterer will von nichts gewußt haben. Dieser Unschuldsgengel unsere Leser finden unten die Forderungen, die die Oberste Heeresleitung in Bezug auf Belgien stellte und die

eine verhehlerte Anektion

bedeuten. Willenslos fügte sich der damalige Reichskanzler Michaelis diesen, wie er sie nannte, „maßvollen Forderungen“ und machte so den Frieden unmöglich.

Aber die Vergeltung schreibt weiter. Der Staatsgerichtshof kommt. Nicht als ein Kollegium von lausigen Professoren, wie es die Rechte will. Dazu dann die Zusammennehmung bekannt. Die Gen. Müller in Aussicht stellte. Es ist erkennlich, daß die Regierung Bauer hier schnellere Arbeit leistet als die Regierung Scheidemann, in der die Demokraten sich auch bei dieser Frage mehr als die Hemmschuh betätigten.

Selbstständig arbeitet der Staatsgerichtshof schnell und gründlich, damit das Verbrechen am deutschen Volk wenigstens zum Teil gesichert wird.

Verhandlungsbericht.

Weimar, 28. Juli. Fortsetzung der politischen Aussprache. Abg. Loeb (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesamtentwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. Abg. Schulz-Bromberg (Dr. nat.) erhebt dagegen Widerspruch. Abg. Hausmann (Dem.) stimmt dem Antrag Loeb zu. Der Antrag Loeb wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister des Innern Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für jene Verlängerung des Krieges, nach dem heute alle Teile unseres Volkes auf tiefe, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Auch die nächsten Beteiligten haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Er gewährt ihnen einen gewissen Schutz gegen den Druck eines einseitlich zu dementsprechenden Entschuldigungen. Unser Entwurf des Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses von fünfzehn Mitgliedern vor, in dem alle Parteien vertreten sind und der die Verabschiedung leisten soll. Ein solcher

Parteilosigkeit

Die beste Einrichtung für die objektive Feststellung von Tatsachen, denn jede Partei kontrolliert die andere. Dazu tritt dann als zweite Instanz der Staatsgerichtshof, zusammengesetzt aus Parteirepräsentanten und zehn weiteren Mitgliedern, die zu je fünf vom Staatspräsidenten und von der Nationalversammlung gewählt werden. Damit soll alle Parteilosigkeit gesichert werden. Damit soll der Staatsgerichtshof bei der Verurteilung und Verurteilung des Materials nicht verurteilt wird, sondern endlich einmal die Luft zu reinigen von all dem Lügen und Legenden.

Aus aller Welt.

Geographische Kenntnisse. In der vorerwähnten Zeitung 'Dreizehn' (Wien) lesen wir unter dem Titel 'Wann die geographischen Kenntnisse solide sind'...

Wiederholungsfragen. Die Frage ist: Wann die geographischen Kenntnisse solide sind? Die Antwort lautet: Wenn sie durch praktische Anwendung...

Volkswirtschaftliches.

Beste und billigste der nächsten Zeit. Die die Händler melden, dürfte bei geregelter Einfuhr das Pfund gerösteter Kaffee im Kleinhandel auf 8 bis 9 Pf. zu stehen kommen...

Die Entwicklung der Metallindustrie. Die letzten Jahre sind Jahre einschneidender wirtschaftlicher Umwälzungen. Selbst können wir sie nur an Einzelerscheinungen feststellen...

Table with 3 columns: Year, Total sum of wages, Average wage. Data for 1907-1918.

Die Ziffern zeigen eine ständige Entwicklung nach aufwärts. Der Kriegsausbruch brachte zunächst einen Rückschlag. Am merklichsten war es, was die Summe der gezahlten Löhne anbelangt...

Die Entwicklung der Metallindustrie (continued). Die Ziffern zeigen eine ständige Entwicklung nach aufwärts. Der Kriegsausbruch brachte zunächst einen Rückschlag...

Table with 3 columns: Year, Total sum of wages, Average wage. Data for 1907-1918.

Bei den angegebenen Ziffern handelt es sich aber um die Löhne für Arbeiter mit 200 Arbeitstagen. Am nächsten sind die Löhne bei der Häften- und Salzwertgenossenschaften mit etwa 8218 Mark für den Arbeiter im Jahre 1918...

Die Entwicklung der Metallindustrie (continued). Die Ziffern zeigen eine ständige Entwicklung nach aufwärts. Der Kriegsausbruch brachte zunächst einen Rückschlag...

Gewerkschaftliches.

Neuer Konflikt im Bausewerbe. Die der Allgemeine Verband der deutschen Bauarbeiter, weigerten sich die Berliner Bauarbeiter, mit den Bauunternehmern über die geforderte Auszahlung der Gehälter in Unterhandlungen einzutreten...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Generalversammlung am 27. Juli. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung...

Deutscher Metallarbeiterverband. Kollegien des Artillerie-Depots. Mitglieder-Versammlung am 27. Juli.

Sternfeld. Besonders preiswert! 1 Schokk Wäsche-Kammern im Karton 95 J. 1 Haushaltwage, 25 Pfd., 1.45. 1 Ofenschirm, schwarz lackiert, 1.30.

Sternfeld. Wirtschaftliche-Abteilung. 1 Kabinen-Form, groß, 95 J. 1 Schuhputz-Bürste, reine Borsten, 1.45. 1 Kloben-reiniger, 1.90.

Blau. Schlofferanzüge. wgh. - ge. haltbare Qualitäten. Jede 14.50. Hose 13.50.

Buch über Ehe. Ratgeber für Eheleute. mit Abbildungen Mk. 2.50. Ratgeber für Eheleute Mk. 2.50.

Platin. Gold- und Silberarbeiten. Wägen, Treiben, sowie Schmuckstücke.

Mitglieder des Reichsbundes d. Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene. Da nur ein geringes Quantum Zigaretten momentan eingegangen sind...

Elegante Herren- und Damen-Garderoben. werden in kürzester Zeit sauber und billig angefertigt.

Neuerscheinung. Kassandraruhe. Heraus aus Not und Tod! Von Julien Borchert. Preis 1.00 Mark.

Achtung! Ausschneiden! Aufbewahren! Diese Bekanntmachung erscheint nur einmal! Kranken- u. Sterbeliste 'Die treue Selbsthilfe' in Sig.

Die Liquidatoren. Richard Klein. Paul Herzfeld. Wer hat Geld braucht Kaufgesuche Verkäufe Lehrlinge

Fahrräder! Gute und gebr. Damen- und Herren-Fahrräder mit Fahrradbeleuchtung...

Packlisten. große, schwere, zum Transport von Umzugsgut geeignet, hat zu verkaufen.

Austrägerinnen. 'Vollwacht' Danzig, Paradiesgasse 32.

Straßen-Verkäufer. für die 'Vollwacht' stellt ein 'Vollwacht' Danzig, Paradiesgasse 32.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Neue Höchstpreise für Gemüse. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung vom 8. April 1917 für die folgenden Gemüsearten nachstehende Höchstpreise festgesetzt: